

# Wäschewaschen und Rasieren im Brunnen, aggressives Pöbeln – WfU thematisiert erneut „Trinkerszene“ am Rathaus

Juli 4, 2021



Der plätschernde Rathausbrunnen. (Foto RB)

Bizarre Szenen, beobachtet „Wir für Unna“, spielen sich inzwischen verstetigt am Rathaus- und Katharinenplatz ab, speziell am gerade wieder plätschernden Rathausbrunnen.

**„Da wurde Wäsche gewaschen, sich im Brunnen rasiert, gebadet und es wurde reichlich Alkohol verzehrt. Passanten wurden gepöbelt, unabhängig davon, ob auch Kinder darunter waren. Alles im Angesicht des Rathauses.**

**Masken** wurden konsequent nicht getragen und das in einer Situation, wo anderen Mitbürgern bei Verstoß gegen die Maskenpflicht entsprechende Bußgelder aufgebremmt wurden.

*Wie sollen wir den Bürgern dieser Stadt das verkaufen? Was erklären wir jedem Bürger, der mit seinen Steuern, Abgaben und auch sozial adäquaten Verhalten zum Funktionieren unseres Gemeinwesens beiträgt?“*

Das fragte die Ratsfraktion von „Wir für Unna“ in einem Antrag für die letzte **Ratssitzung** vor der Sommerpause am Donnerstag, 1. Juli.

**„Uns erreichen Anfragen wütender und auch besorgter Bürger**, die die Entwicklung der Szene mit großer Verwunderung und Sorge beobachten“, schreibt die Fraktion.

Ein von ihr beantragter **Runder Tisch** für „dringend benötigte Handlungsstrategien zur Problemlösung der sogenannten Trinkerszene“ fand jedoch keine politische Mehrheit. Die Mehrheit steht diesem Problem, das sich letztlich auf drei sehr aggressiv und unflätig auftretende Personen beschränke, mit einer gewissen Hilflosigkeit gegenüber.

So sagte Michael Tietze (SPD), von den Extremfällen abgesehen „müssen wir mit den Leuten leben. Der Streetworker wird nicht akzeptiert.“

Die Expolizisten Klaus Göldner (FLU) und Rudolf Fröhlich (CDU) erklärten unisono, aus Erfahrung seien die Erfolgsaussichten sehr begrenzt bis nicht vorhanden, Personen des besagten Milieus mit **Ansprache** zu erreichen. Harte Sanktionierung und Platzverweise führten hingegen zu **Verdrängungseffekten**.

Zudem, gab Bürgermeister Dirk Wigant (CDU) zu bedenken, habe die Stadt Weisungsbefugnis nur für den öffentlichen Raum, der angrenzende Katharinenplatz sei jedoch das **Privatgrundstück** der katholischen Kirchengemeinde.

**Dies ließ Ingrid Kroll (WfU) aber nicht gelten.** „In unserer Satzung steht, Herr Bürgermeister: Wir können auch übergreifend auf privaten Grundstücken tätig werden. Ich habe alles auf Video festgehalten. Wir können das doch nicht akzeptieren!“

Es gebe hinreichend Möglichkeiten für die Stadt, sich diesbezüglich mit der Kirchengemeinde abzustimmen, zumal St. Katharina in unmittelbarer Nähe den Kindergarten betreibe.

Es sei, so Kroll, ein Unding, **gerade kleine Kinder permanent diesen Unflätigkeiten, Unappetitlichkeiten und Obszönitäten auszusetzen: „Letzte Woche wurden dort im Brunnen blutige Wunden abgewaschen, Männer waschen dort ihre Unterhosen aus und halten ihren Hintern ins Wasser!“**

Der Bürgermeister sagte, er werde zunächst **„die Außensozialarbeit aktivieren“**, sprich auf verstärktes Streetworking in diesem Bereich setzen. Vor wenigen Wochen wurde ein neuer Streetworker vorgestellt.

Wir für Unna hatte bereits im **vergangenen Jahr** einen entsprechenden Antrag zur Lösung der Probleme mit und um die Trinkerszene am Rathausvorplatz gestellt. Rundblick berichtete.

„Wir stellen durchaus fest, dass das Ordnungsamt unter Leitung von Frau Güse überaus bemüht ist, die Probleme zu lösen. Auch verhalten sich **nicht alle** Angehörigen dieser Szene derart ausfallend, sondern ein eigentlich **gut überschaubarer Teil.**“

Im letzten Ausschuss für Feuerschutz und Ordnung (FSO) habe selbst die Verwaltung einräumen müssen,

*„... dass das aggressive Verhalten einiger der Personen dazu führt, dass auch Vorbehalte bestehen, diese Leute zurechtzuweisen. Was aber sollen unsere Bürger denken? Wie sollen die damit umgehen?“*

Dieser untragbare Zustand bedarf nach Ansicht der WfU-Fraktion endlich einer Lösung.

„Wir sind uns bewusst, dass reine Verdrängung zunächst nur eine kurze Lösung darstellt und natürlich haben auch die Menschen ohne Obdach ein Aufenthaltsrecht im öffentlichen Raum.

*Indiskutabel ist derartig normwidriges Verhalten und darf nicht toleriert werden. Das untergräbt auch jede Glaubwürdigkeit in Bezug auf Sanktionen in anderen Bereichen, wo man bei Weitem nicht so nachsichtig ist.“*

Die Problematik lasse sich nur ganzheitlich lösen, schreibt die Fraktion:

„Wir sehen da zunächst eine **Null-Toleranzstrategie** bei Normverstößen, mit konsequenter Ausschöpfung aller rechtlichen Mittel, dazu gehören auch gezielt ausgesprochene **Bereichsbetretungsverbote**, um den öffentlichen Raum wieder für alle Bürger angstfrei befrieden zu können. Es muss dringend ein **betreutes Anlaufangebot** geschaffen werden, an dem auch den Menschen ohne Obdach die Möglichkeit der körperlichen Hygiene gegeben und ein Treffpunkt geboten wird, denn eines zeigt die Situation offenkundig auch, dass es an so einem Angebot fehlt. Sollten die bestehenden **Personalressourcen** nicht ausreichend sein, muss man über die Schaffung einer entsprechenden **Stelle** beraten und auch bestehende Netzwerke mit nutzen, die sich bereits auf ehrenamtlicher Ebene im Bereich der **Obdachlosenhilfe** engagieren.“